

Nach dem Plebiszit geht 's weiter

Reutlinger Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 fordert Verbesserungen für das Bahnprojekt ein

Als „gute Demokraten“ akzeptieren sie das Ergebnis der Volksabstimmung. Als „kritische Bürger/innen“ wollen die Mitglieder des Aktionsbündnisses gegen S21 die weitere Entwicklung des Projekts genau beobachten. Denn für eventuelle Mehrkosten soll die Bahn aufkommen.

BERND ULRICH STEINHILBER

Reutlingen. Der Schlusspunkt unter die Kampagne „Ja zum Ausstieg“ und die künftige Haltung zum Stuttgarter Bahnhofprojekt waren am Montag Gegenstand eines Pressegesprächs im Reutlinger Naturschutzzentrum. Gefruchtet zwar vom Ergebnis der Volksabstimmung, konnte das Aktionsbündnis dem Plebiszit durchaus eine gute Seite abgewinnen. Ohne den anhaltenden hartnäckigen Widerstand tausender Menschen im Land, führte Kristina Wiechert vom grünen Kreisvorstand ein, wäre niemals eine Volksabstimmung zustande gekommen. „Und wir hätten nie so viel erreicht. 1,5 Millionen Menschen im Land haben die gravierenden Mängel von Stuttgart 21 erkannt.“ Künftig gelte es, die weite-

re Entwicklung kritisch und konstruktiv zu begleiten. Und „wenn die prognostizierten Kostensteigerungen kommen, darf nur einer der Vertragspartner bezahlen: die Bahn“. Damit war die Richtung vorgegeben.

So deutete Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke (Grüne) die „hohe Beteiligung bei der Volksabstimmung“ als ein „sehr klares Zeichen, dass die Menschen mehr direkte Demokratie wollen“ und sagte des Weiteren „heftige Diskussionen um die Verkehrspolitik im Bund“ voraus. Andere Projekte dürfen wegen Stuttgart 21 nicht unter den Tisch fallen. Auch für den Ausbau von Gäu- und Südbahn müssten Mittel bereitgestellt werden.

Doch nicht nur dafür. Der grüne Landtagsabgeordnete Thomas Poreski will die von Befürwortern gemachten „Versprechungen einfordern und Mängel abstellen“. Die Themen: Barrierefreiheit, Brandretung, geologische Risiken, Leistungsfähigkeit, Verbindungen in die

Region sowie die Kostenverteilung. Dessen ungeachtet bleibt für den Linken-Kreisvorstand Rüdiger



Weckmann der Bahnhof „ein unsinniges Projekt“. Die Bewegung müsse sich nun neu aufstellen und diskutieren, „wie die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 weitergeführt werden kann“.

„Wer S 21 mit dem Nutzen für die Region verbunden hat, den werden wir beim Wort nehmen“, sagte Grünen-Kreisrat Michael Hagel. Einzu fordern seien also zusätzliche Züge, die zweigleisige Wendlinger Kurve, die Elektrifizierung des Nahzugnetzes und die Regionalstadtbahn.

Auch für Cornelia Eberle und Katharina Bausch vom Aktionsbündnis sind alle Argumente gegen das Bahnhofprojekt nach wie vor gültig.

Statt in den Bahnhof sollte die Bahn in günstige Tarife investieren, forderte Bausch, die auch bei Attac aktiv ist, derweil Eberle an den „Reutlinger Appell“ von Finanzminister Nils Schmid – Motto: „erst Wahres dann Bares“ – erinnerte.

Hartmut Hollenberg von der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖPD) sieht das Heil der Gegner in juristischen Interventionen. Weil beispielsweise das Gefälle im Bahnhof nicht den Vorschriften entspreche, fordere die ÖDP einen sofortigen Baustopp.

Grünen-Stadtrat Rainer Buck will darauf achten, dass sich die Situation für Reutlingen und den Kreis nicht verschlechtert. Deshalb sieht auch Christoph Joachim, Mitglied im Landesvorstand des Verkehrsclubs Deutschland (VCD), die Reutlinger OB Barbara Bosch in der Pflicht, sich als Städtetagspräsidentin aktiv für die Umsetzung aller von Schlichter Heiner Geißler erarbeiteten Verbesserungen einzusetzen. In einem von Joachim und Florian Müller vom VCD-Kreisverband an Bosch gerichteten Brief ist neben der zweigleisigen Wendlinger Kurve die Rede von einem Anschluss der Gäubahn an den Tiefbahnhof, von Barrierefreiheit, Fluchtwegen und vom Brandschutz in den Tunneln.

